

# Sächsische Zeitung

(6641)

Nr. 574.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Druckerei: Die Sächsische Zeitung, Leipzig, Poststraße 87, hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 172. Eing. Gr. Brauhausstr. 12. Verantwortl. Dr. Walter Schöndorfer in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 7. Dezember 1907.

Verleger: Die Sächsische Zeitung, Leipzig, Poststraße 87, hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 172. Eing. Gr. Brauhausstr. 12. Verantwortl. Dr. Walter Schöndorfer in Halle a. S.

Geliefert in Berlin, Delfauerstraße 14. Telefon-Amt VII Nr. 11 994. Druck und Verlag von C. F. W. S. in Halle a. S.

## Denkschrift über die Anstaltsverteilung für Auswanderungslustige.

Bisher ist der Zustand von 300 000 Mark, den das Reich der Deutschen Kolonialgesellschaft als Beitrag zu den Unterhaltungskosten der Zentral-Anstaltsstelle für Auswanderung gewährt, im Etat alljährlich als einmalige Ausgabe angefordert worden. Im neuen Etat ist dieser Posten in die fortwährenden Ausgaben des Auswärtigen Amtes übernommen und mit Bezug hierauf dem Reichstage eine Denkschrift über die Anstaltsverteilung für Auswanderungslustige, insbesondere über die Zentral-Anstaltsstelle für Auswanderung, eingereicht worden.

Zu der Denkschrift ist ausgeführt, es sei stets ein Wunsch der öffentlichen Meinung gewesen, den zur Auswanderung Entschlossenen bereits in der Heimat Gelegenheit geboten werden möchte, sich über alles für ihn Wissenswerte, insbesondere über die Verhältnisse in den Einwanderungsländern, zu unterrichten. Durch die Reichsregierung ist das Auswanderungswesen der Vorbereitung und Bewaffnung des Reiches unterworfen worden. Die Regierung ist jedoch der Ansicht, dass eine solche Vorbereitung für auswärtige Anstaltsstellen unerschöpflich sei. Besondere Einrichtungen bedürfte es jedoch zunächst nicht, da die Anstaltsstellen ursprünglich durch das Auswärtige Amt erledigt, von wo aus jeder Auswanderer auf Verlangen eingehende Auskunft erhielt. Als dem Reichstage im Jahre 1897 das Auswanderungsgesetz vorgelegt wurde, sprachen verschiedene Abgeordnete den Wunsch aus, einer besonderen Kommission oder unter ähnlichen Umständen stehenden Anstaltsstelle aus.

Die verschiedenen Regierungen haben der Errichtung eines solchen Instituts nicht abgeneigt gegenüber, und bald nach Inkrafttreten des Auswanderungsgesetzes stellte sich das Bedürfnis dafür heraus. Es wurde jedoch regierungsseitig davon Abstand genommen, eine selbständige staatliche Anstaltsstelle zu errichten, vielmehr wurde der Weg beschritten, die neu zu begründende Stelle an einen der schon bestehenden Vereine, die sich bisher mit der Anstaltsverteilung beschäftigt hatten, anzuschließen, diese Stelle finanziell zu unterstützen und sie der staatlichen Aufsicht zu unterwerfen. Von dem 15. in Frage kommenden Vereine wurde die Deutsche Kolonialgesellschaft gewählt, weil diese über ganz Deutschland verbreitet, verlässlich und im Besitz von Verbindungen und Informationen ist, die sich mit anderen Vereinen nicht messen lassen können. Die Wirksamkeit dieser Anstaltsstelle hat sich in rascher Weise entwickelt. Von dort aus sind acht verschiedene Vorarbeiten nach Korea an Angehörige aller fremden Einwanderungsländer verfertigt worden. Daneben sind auch Anstaltsblätter über die deutschen Kolonien zur Verteilung gelangt. Überhaupt besaßen sich die Anfragen auf die deutschen Kolonien und Substantien ausstehend. Die deutsche Auswanderung ist jetzt eine reiche. Sie betrug 1881 über 220 000, fast mit verhältnismäßig gleichem Stande bis auf 116 000 im Jahre 1892 und bezugte sich in den Jahren von 1897 auf 1901 auf 20- und 30 000 Personen. Im Jahr 1902 betrug die Zahl auf 20- und 30 000, im Jahre 1903 auf rund 36 000, fiel aber wieder im Jahre 1904 auf rund 27 000 und betrug 1905: 28 075; 1906: 31 071 Personen.

### Landeseisenbahnrat.

Dem „Berl. Z. A.“ zufolge hat der Landeseisenbahnrat am Freitag unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Fleck eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Aufhebung oder Befristung der ermäßigten Ausnahmetarife für Auswanderer und Frachtermäßigungen für Einfuhr von Steinföhle. Der Ausschuß empfahl dem Landeseisenbahnrat, sich für die Beibehaltung der für die Einfuhr von Steinföhle, Breifetts und Stoffs bestehenden Ausnahmetarife mit der Maßgabe auszusprechen, daß es der Staatsbahnverwaltung überlassen bleibt, in eine nähere Prüfung darüber einzutreten, ob die nach den Stationen der Landesbahn geltenden direkten Tarife (Schnell- und Eilzettel-Tarife) geltenden direkten Tarife aufgehoben oder eingeschränkt werden können; zweitens, zu befrachten, daß der Kohlschiffahrt für Steinföhle für ein Jahr allgemein eingeführt werde. Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen. Der zweite Punkt betraf die Aufnahme von Gasföhle in sämtliche Ausnahmetarife für Steinföhle mit niedrigeren Frachttarifen als denen des Kohlschiffahrt. Die Verhandlungen werden heute, Sonnabend, fortgesetzt werden.

### Gegen direkte Reichsteuern

wandte sich in diesen Tagen der sächsische Finanzminister Dr. von Müller in der dortigen Ersten Kammer. Der Minister erklärte, daß es sich bei dieser Frage um den Fortbestand der Einzelstaaten handle und führte weiter aus: Dem Reiche können auf dem Gebiete der indirekten Steuern viel mehr Quellen offen als den Einzelstaaten auf dem Gebiete der direkten Steuern, auf welchen sie sich nach den Gemeinden und Kommunalverbänden als erste Konturreize hätten. Berechne man aber, was jetzt

schon den höheren Steuerklassen an direkten Steuern zugunsten werde, so müßte man in gegen die direkte Reichsteuer ansprechen. Sie würden die Vermehrung der einzelstaatlichen Einnahmen unmöglich machen und eine Stagnation im Haushalte der Einzelstaaten zur Folge haben. Dann müßte das Reich den Einzelstaaten die notwendigen Aufgaben Stück für Stück abnehmen. Das wäre der Anfang vom Ende der deutschen Bundesstaaten. Dabei seien die formellen Schwierigkeiten noch gar nicht berücksichtigt, die sich beim Weichen direkter Reichs- und Landessteuern herausstellen müßten. Es sei zu befürchten, daß gerade die Grundlage des bundesstaatlichen Charakters des Reiches zu einer Quelle erster Konflikte werde. Die Einführung direkter Reichsteuern würde der Grundlage des Reiches zu widerlaufen. Es sei das Recht und die Pflicht des Bundesrates, einem solchen Schritte vorzubeugen, ihn zu verweigern. Er habe das Vertrauen, daß die Bundesstaaten ihre Rechte würden zu wahren wissen.

### Parlamentarisches.

Die Interpellation des Grafen Frank über den hohen Handelsrat dürfte im Reichstage im Laufe der nächsten Woche zur Befragung gelangen, nachdem die Regierung ihre Ermittlungen abgeschlossen haben wird.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages stellte am Freitag gemäß dem Bericht über die Prüfung der Wahl des Hrn. Wächter (H. Wächter, natl.) fest und trat sofort in die Beratung der Wahl des Hrn. Gumbel (S. Sachsen-Weinungen, Hospitant der freiwirtschaftl. Volkspartei) ein. Die Beratung wurde jedoch noch nicht zu Ende geführt.

Die Kommission des Reichstages für den Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauverordnungen hielt am Freitag ihre erste Sitzung ab. Zum Berichterstatter wurde Hr. Dr. Wauer (Sachsen-Weinungen) bestimmt. Von mehreren Seiten wurde beantragt, die Eingeleitung bis nach Weihnachten bezu. bis nach Eingang des gewinnfähigen Materials zu vertagen. Als solches werden bezeichnet die Ergebnisse der Schäden auf dem vorliegenden Gebiete, eine Statistik über die Baumfälle in den größeren Städten Deutschlands in den letzten zehn Jahren, eine Statistik der Brunnensicherungen in den letzten 30 Jahren, a. m. Regierungsverhalten was man auf die Schwierigkeit der Befreiung des erbetenen Material hin. Auch siehe der Nutzen einer solchen Enquete in seinem Verhältnis zu den Schwierigkeiten der Befreiung. Haben sie ja allseitig die Größe der Schäden der Bauverordnungen in den letzten zehn Jahren, die behauptet wird angefangen der einmütigen Anerkennung der Notwendigkeit eines gesetzlichen Einwirkens berichtet. Hr. Dr. Wauer ist der Ansicht, die Schäden in den größeren Städten seien anerkannt, indes ist notwendig, eine Umfrage bei den Bauwerkstältern zu haben, inwieweit der Bauwandel aus den Schäden auf das Land ausgeht habe. Von anderer Seite wurden die Schäden als so offensichtlich bezeichnet, daß jede weitere Umfrage überflüssig sei. Hr. Dr. Wauer zieht seinen Antrag auch auf den Rücktritt auf die allgemeine Anerkennung der Schäden auch auf dem Lande. Nächste Sitzung nach dem Weihnachtsferien.

Die Reichsanstalt für die Abgrenzung des Reichshauses dürfen am 12. Dezember ihren Anfang nehmen und bis zum 8. Januar 1908 dauern.

Die Interpellation von Wadmann, in der der Nationalliberalen Ausschuss über den Stand der preussischen Beamtenausföhrungsverordnungen verlangte und die auf der Tagesordnung des 11. Dezember im Abgeordnetenhaus gestellt ist, wird vom Finanzminister nicht beantwortet werden, da die Materie noch nicht vollständig abgeschlossen sei.

Die konservativen Interpellationen im Abgeordnetenhaus betreffend die Reichsbeziehungen ausländischer Arbeiter und die Reichsbeziehungen in Arbeitverhältnissen werden am nächsten Donnerstag zur Beratung kommen. Sie werden von der Staatsregierung beantwortet werden.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Vorschlags des Reichstages am Freitag unter dem Vorsitz des Hrn. Dingeldey zu einer kurzen Sitzung zusammen und beschloß, zunächst noch gutachtliche Beratungen der Stadtverwaltungen Wiesbaden und Gumburg einzufolten, bis zum Eingang dieser Gutachten aber ihre Verhandlungen aussetzen.

### Die geschäftliche Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft

Am Freitag vormittag im Zoologischen Garten zu Frankfurt a. M. mit einer Vorlesung über den Fortgang, Mitgeteilt wurde, daß zwei neue Mitglieder in die Gesellschaft aufgenommen sind, die eine Verhaftung von Regierungsrat Dr. Köppl vom Reichsstaatsrat unter dem Titel „Wirtschaftliche Kolonialpolitik“, die zweite unter dem Titel „Wie machen wir unsere Kolonien rentabel?“, verfaßt von Dr. Ing. Wilm, Professor in Hannover, und Dr. Giese. Für die Kolonialpolitik in Wittenhausen wurde die übliche namhafte Unterweisung aus den Mitteln der Gesellschaft bewilligt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Etat für 1908 genehmigt, der in Einnahmen und Ausgaben mit 305 700 Mark abschließt. Ferner wurde ein Antrag auf Lebensrente einer Garantie von 1200 Mark für die Einführung kolonialer Ferienkurie in Jena einstimmig angenommen. Um 1 Uhr wurde die Verhandlung durch ein von der Abteilung Frankfurt dargebotenes Frühstück im Zoologischen Garten unterbrochen. In Erinnerung an den Jubiläumsgedächtnistag, welches am Donnerstag an den Kaiser abgehandelt worden war,

taf aus Stahlschiff folgende Antwort an den Herrn Johann Albrecht zu Wittenhausen ein.

Sehr erfreut über die freundliche Begrüßung der Deutschen Kolonialgesellschaft anlässlich der Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens, erlaube ich Euch, Herr Albrecht, der Kolonialgesellschaft Meinen warmsten Dank und Meine besten Wünsche für ihre fernere reiche Arbeit zu des Vaterlandes Glück und Größe zu übermitteln. Geiz: Wilhelm.

Wie mir bei Redaktionsschluss noch erfahren, bewilligte im weiteren Verlaufe ihrer Beratungen die Deutsche Kolonialgesellschaft 10 000 Mark zur Erhöhung des Anstaltsbudgets für 1908. Den Abschluß der Feierlichkeiten bildete eine Festvorstellung im Opernhaus.

### Förderung der Leibesübungen.

Zu Kultusministerium zu Berlin fand am Donnerstag unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Söllie eine Konferenz zur Befreiung einiger der Förderung der Leibesübungen betreffenden Angelegenheiten statt. An ihr nahmen teil die Vorsitzenden des Zentral-Ausschusses für Volks- und Jugendspiele in Deutschland, Abgeordneter von S. Brandenburg, und Professor Dr. Schmidt, der Geschäftsführer der Deutschen Turnererschaft, Stadtschulrat Professor Köhler, die Vorsitzenden des deutschen Turnerlehrer-Vereins, Turninspektor Wötter und Professor Dr. Kohlschütter, die Professor Heinrich, Professor Widenhagen und der Direktor der Turnerlehrerbildungsanstalt Diebold. Die Verhandlungen, die vertraulich waren, ergaben im Ergebnis eine unterstützende Auffassung, so daß die sehr eingehenden Beratungen im wesentlichen nur die verschiedenen Mittel dazu beabsichtigen. Der Minister, der der Sache öffentliches Wohlwollen entgegenbrachte, wünscht auch fernerhin ein enges Zusammengehen der staatlichen mit den freien Betreibungen, und stellte periodisch wiederkehrende Konferenzen dieser Art, eventuell schon im nächsten Jahre, in Aussicht.

### Die Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Der Hauptausschuß für Pensionsversicherung der Privatbeamten wurde am Donnerstag im Reichskanzlei des Innenministeriums am sein Programm für die Einführung dieser Versicherung durchzulassen. Ministerdirektor Colpal und Geheimrat Dettmann hatten eine längere Befreiung mit dem Herren des Hauptauschusses, deren Ergebnis Berliner Wärtler zufolge den Schluß zuläßt, daß die Regierung dem Programm des Hauptauschusses impathisch gegenübersteht. Der Hauptauschuß hat sich bekanntlich für eine Sonderliste erklärt.

### Dampfkefelnormen-Kommission.

Auf Veranlassung des Reichstages hat sich eine Dampfkefelnormen-Kommission gebildet, die die Aufgabe hat, die Bau- und Materialprüfungsbedingungen für Dampfkefeln dauernd den Fortschritten der Technik entsprechend weiter zu entwickeln. Sie besteht aus 33 Männern der Wissenschaft und Praxis.

### Eine neue Welle der Dienstbotenbewegung.

In Bayern wird unter der Führung des Zentralausschusses der Dienstbotenbewegung ein Antrag auf die Entlassung einer allgemeinen Dienstbotenvereine gearbeitet. Man gründet dort zahlreiche Dienstbotenvereine, die im Anschluß an die katholischen Bauernvereine auch auf dem platten Lande eingeführt werden. Die Wäler dieser Bewegung suchen durch allerlei Fürsorgepläne Zustimmung für ihr Unternehmen zu machen. So wird vorgeschlagen, die bayerische Regierung solle einen Kredit von 10 Millionen bewilligen, um den Dienstboten das Selbständigwerden zu ermöglichen — der jedoch nur für Vereinsmitglieder zur Verfügung stehen soll. Ein anderer Vorschlag geht dahin, daß die Dienstboten, die 15 Jahre treu und fleißig gedient hätten, eine Prämie von 1000 Mark gewährt werden sollte. Wo eine Art Hauptauschusses, die dadurch aufzubringen wäre, daß die Dienstboten etwa ein Drittel der Dienstboten ein Drittel der Prämie aufzubringen hätten. Demnach würde jede Herrschaft für das Jahr für je einen Dienstboten pro Anno für seine eigene Prämierung über 22 Mt. jährlich von seinem Lohn abgeben müßte. Man sieht, was für seltsame Wäler die Dienstbotenbewegung hervorbringt.

### Neutral-Moresnet.

Die endgültige Regelung der zwischen dem Deutschen Reich und Belgien stehenden Gebietsfrage in Neutral-Moresnet ist in den letzten Tagen erheblich gefördert worden. In längeren Beratungen aller an der Angelegenheit beteiligten preussischen und Reichsregierungs sind die Vorschläge Deutschlands für eine Grenzfestlegung unter Beibehaltung des neutralen Gebietes aufgestellt worden, welche mündlich der belgischen Regierung übermittelt werden. Sobald diese und das belgische Parlament den deutschen Vorschlägen zugestimmt haben, wird sich auch der deutsche Reichstag mit der Angelegenheit in Form einer Gesetzesvorlage befassen.





